

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 6.— M. Durch Austräger 30.— M. pro Woche. Durch die Post 80.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 5.— 6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß Ring Nr. 8887.

Montag, 30. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltenen Millimeterzeile über deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 M. Kleinanzeigen pro Wort 1.50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 30.— M.

Die USPD. in Furcht vor den Massen.

Die USPD ist in die angekündigte Aktion zur Durchsetzung ihrer Forderungen eingetreten. Ihr 5-Männer-Ausschuß, geführt von Hilferding und Hermann Müller, hat den Bittgang zur Regierung und den hochbeinigen Blockbrüdern von der verfassungstreuen Arbeitsgemeinschaft der Mitte angetreten, um sie von der Vorzüglichkeit ihres Programms zur Stützung des Kapitalismus zu überzeugen. Der Grund zu dieser plötzlichen Aktivität haben die Herren, die vor wenigen Wochen in ihr Nürnberger Arbeitsprogramm die Verwirklichung des Sozialismus geschrieben haben, in der Donnerstagbesprechung offen — wenn auch nicht gerade für die Öffentlichkeit — dargelegt. Es ist — so berichten alle bürgerlichen Zeitungen zum Aerger der vergeblich dementierenden sozialdemokratischen Presse — die blasse Furcht dieser Helden des Klassenkampfes vor der wachsenden Radikalisierung der Massen.

Herrmann Müller vom Parteivorstand gab das Stichwort. Nach dem Bericht des „Berliner Lokalanzeigers“ erklärte er als Einleitung:

„Die sozialistische Fraktion erwartet, daß endgültige Entscheidungen getroffen werden. Die Fraktion werde, falls das nicht geschehe, nächste Woche zusammentreten, um politische Entschlüsse zu fassen. Die Sozialdemokratie sei als Partei sehr belastet, weil sie der Erhöhung des Brotpreises und ähnlichen Beschlüssen zugestimmt habe.“

Ihm sekundierte der Einbläser der ganzen Aktion, Rudolf Hilferding. Nach der „D. A. Z.“ erklärte er:

„Ein positives Programm tue not im Hinblick auf den radikalen Zerfallsprozess in den Gewerkschaften durch die kommunistische Agitation. Die moralische Entartung unter dem Einfluß der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse habe zu einer Pflünderungspsychologie geführt.“

Die Aufsehnung der Arbeiter — von Hilferding im Polizeijargon Zerlegung durch kommunistische Hezer genannt — die Aktionsbereitschaft der in Kontrollausschüssen und Betriebsräten sich gegen die Krise, den Hunger und die Not sammelnden Massen wird diesem Sozialpazifisten nicht zur Waffe, mit der proletarische Machtpositionen gegen die Regierung und den bürgerlichen Staat zu erkämpfen sind. Die eigene Furcht vor der ihnen entgleitenden Masse, vor der gegen die banferotte Burgfriedenspolitik der USPD. gegen ihre Teilnahme am Brotwucher rebellierende Parteigenossenschaft wird den Herrschaften zum willkommenen Anlaß, die Regierung selbst einzuschüchtern. Selbst voller Angst, beschwören sie ihren Spießgesellen Wirth, daß er etwas gesehen lasse, das so aussieht, als ob gehandelt werde. Selbsteingeständnis dieser Plan des Massenbetruges, dann kann weiter in aller Ruhe Stimmespolitik gemacht werden.

Das ist der Anlaß, zu der nicht aus revolutionären Kraftbewußtsein, sondern aus Angst vor dem Proletariat geborenen Kuhhandelsaktion der Hilferdinge.

Dem Anlaß entspricht der Inhalt der Forderungen. Es ist das schon bekannte Wirtschaftsprogramm zur Stützung des Marktwertes durch die Devisenverordnung, die Goldschafschneide und Mobilisierung des Reichsbankgoldes. Aber dieses Programm ist heute ergänzt und erläutert nicht nur durch die bereits widerstandslos hingegenommene Brotpreiserhöhung um das Vierfache, sondern durch die bedingungslose Annahme des unverschämten Ultimatus Schyffens zur Abschaffung des Achtstundentages.

Ueber die Devisenordnung sind Industrie und Handel zur Sagesordnung übergegangen. Ihre Verschärfung, die vor allem in der Unterdrückung wilder Wechselstuben bestehen soll, wird ein ebensolcher Lusthieb sein, wie die Verordnung selbst. Warum sagt Hilferding nichts von der Beschlagnahme der bei den Banken und den Schwerindustriellen angehäuften Dollar-, Pfund- und Frank-Noten? Warum nichts von der Beschlagnahme der Ueberprofite, die die Stinnes und Kompagnie bei ihrem Wiederaufbaugeschäft machen? Das würde die Verpulverung des Goldschafes der Reichsbank und die Aufgabe der in letzter Linie wieder nur das Proletariat mit neuen Steuern belastenden Goldschafanordnungen überflüssig machen. Aber diese Beschlagnahme

wäre die Rebellion gegen die Stinnes-Republik, wäre eine radikale Maßregel, die die Hilferding und Kompagnie durch ihre Aktion grade verhindern wollen.

Die Sozialdemokratie macht großen Lärm um dieses Wirtschaftsprogramm zur Stützung der Stinnesrepublik, damit sie den Kern ihrer ganzen Aktion verschweigen kann. In der sozialdemokratischen Presse findet sich nichts, was die „D. A. Z.“ und die „Vossische Zeitung“ als die einzig wirkliche positive Forderung der 5 Männer berichten. Danach hat Robert Schmidt erklärt:

„Die Steigerung der Ausfuhr durch Erhöhung der Arbeitsleistung sei zwar angestrebt, aber noch nicht von Erfolg gewesen. Im Ruhrgebiet sei zwar das Ueberstundenabkommen zustande gekommen, aber es habe nur langsam gewirkt. Es sei zu hoffen, daß auch in anderen Industrien Ueberstundenabkommen getroffen würden.“

Hilferding hat auch hier wieder ergänzt:

„Bedenklich sei die Verzögerung des Arbeitszeitgesetzes im Reichstag. Wenn das Gesetz in richtiger Form durchgebracht worden wäre, wäre das Problem der Intensivierung der Wirtschaft (das ist eine „Veredelung“ des Achtstundentages, wie sie auch Rahr-Eahern fordert) schon weiter vorgeschritten.“

Zu dieser glatten Zustimmung zur Durchbrechung des Achtstundentages fügt Hilferding die Bereitwilligkeit, an Lohnherabsetzungen mitzuwirken.

„Man stünde nun bald vor der Gefahr, daß die Arbeitslöhne in Gold verlangt würden. Das würde der Ruin des Staates sein.“

Hilferding macht sich die Illusionen der Goldlöhne zu eigen, um wirkliche Lohn erhöhungen zu bekämpfen, weil sie die Ebert-Republik ruinieren würden.

Es war nach dieser Leistung eine wirklich überflüssige Bemerkung, wenn der große Sachverständige Hilferding zur beruhigung seiner Koalitionsgenossen vor der Deutschen Volkspartei hinzufügte:

„Sein Wirtschaftsprogramm sei nicht rein sozialistischen Gedankengängen entsprungen. Es sei von den Interessen der Gesamtheit diktiert.“

Und wieder bricht die bleiche Furcht vor den Massen durch, denn er schließt:

„Führe man das Programm nicht durch, dann drohe innerpolitisch eine Verschärfung der Mißstimmung des Volkes, wirtschaftlich die Stilllegung der Industrie, außenpolitisch die Finanzkontrolle der Entente.“

Offener kann die von Wirth aufgeführte Politik der Hilferding und Kompagnie nicht zugegeben werden, als es hier ihre Urheber selbst tun.

In diesem Zusammenbruch finden sich der Kleinbürger Wirth, der gleich Hilferding beteuert, nur der Gesamtheit zu dienen, und der wissenschaftliche Sozialist zur Verwirklichung der Volkswohlfahrt in einer über den Klassen schwebenden Gemeinschaft. Sie proklamieren die Vaterlandsverteidigung gegen die widerpenstige Mark zugunsten der Stinnesrepublik, wie sie als Kaisersozialisten 1914 die Vaterlandsverteidigung gegen den Landesfeind für Wilhelm II. proklamiert haben. Und wie sie 1916 das Hindenburgprogramm mit dem Hilfsdienstgesetz geschluckt haben, so schlucken sie heute das Schyffen-Ultimatum auf Abschaffung des Achtstundentages und auf Lohnherabsetzung.

Die Furcht vor den Massen läßt die letzten Hüllen fallen. Sie treibt die banferotten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die sozialdemokratischen Minister und die patentierten Marxisten in die eiserne Umklammerung der Stinneskoalition.

Aber es ist zu spät zu neuen Betrugsmanövern, mit denen die wachsende Empörung der Massen zurückerdrängt werden könnte. Die Rebellion des Proletariats gegen die Gewerkschaftsfunktionäre, die die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft lieber spalten, als daß sie sie gegen das Unternehmertum führen, ist keine Frucht kommunistischer Hege. Sie ist aus der auf den Bankrott der USPD. ihrer Teilnahme an allen Hungeraktionen der Bourgeoisie gegen das Proletariat entspringenden Klarheit der breiten Masse hervorgegangen, daß nur die Arbeiterschaft selbst sich jetzt nachhelfen kann.

Am Sonntag versammeln sich die Betriebsräte Sachsens und des Rheinlands, um die Maßnahmen der Arbeiter gegen die wirtschaftliche Verelendung und die politische Unterdrückung zu beraten. Ueberall rüsten die Betriebe jetzt zu den Wahlen zu dem Reichsbetriebsrätekongreß. Die schlotternde Angst der Hilferdinge und ihrer Regierung vor dem Beginn der Selbsthilfe der Arbeiterklasse zeigt dem werttätigen Volk, daß es endlich auf dem richtigen Wege ist. Darum müssen überall die Kommunisten mit verdoppeltem Eifer arbeiten, damit der Betriebsrätekongreß nicht nur zu einer Demonstration, sondern zum Anfang wird der wirklichen Hilfsmaßnahmen der jungen Arbeiterschaft gegen Noth und Hunger.

USPD.-Minister gegen Achtstundentag

Die Telegrafen-Union meldet aus Berlin vom 26. Oktober:

Heute vormittag traten beim Reichskanzler die Führer der Koalitionsparteien und der deutschen und bayerischen Volkspartei zusammen, um über die Devisenverordnung und über die gesamte wirtschaftliche Lage zu verhandeln. Von der Sozialdemokratie waren Hermann Müller, Hilferding und Breitscheid, von den Demokraten Eitelenz, Haas, Fischer und Siemens, vom Zentrum Marx und Klöckner, von der Deutschen Volkspartei Stressemann, Raumer und Kempkes anwesend. Von der Regierung Schmidt, Giesberts und Girsch. Der Reichskanzler sprach über die Schwierigkeit der Lage und richtete an die Parteien die Mahnung, eine gemeinsame Plattform zu suchen auf der sie eine starke Regierung aufbauen könnten. Müller sprach über die Forderungen der Sozialdemokratie und erklärte, daß seine Partei für den Fall, daß nicht durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, zur neugeschaffenen Lage nochmals Stellung nehmen wird.

Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt gab einen allgemeinen Ueberblick über die Wirtschaftslage und sprach insbesondere über die Passivität der Handelsbilanz. Der Zwang zur dauernden Einfuhr von Kohle, Eisen und Zement belastet unsere Handelsbilanz außerordentlich. Das Kernproblem sei Steigerung der Ausfuhr und Erhöhung der Arbeitsleistung. Leider seien die bisherigen Versuche in dieser Richtung wenig erfolgreich gewesen. Insbesondere habe das Ueberstundenabkommen im Ruhrgebiet in keiner Weise die darauf gesetzten Hoffnungen erfüllt. Es sei zu wünschen, daß nicht nur dieses Abkommen sich günstiger und stärker auswirke, sondern daß auch Uebereinkommen in anderen Industrien getroffen würden. Er sprach ferner über die Vorschläge der Ueberänderung der Devisenverordnung.

Hierauf entwickelte Hilferding sein wirtschaftspolitisches Programm. Er sprach über die Stützungspolitik der Mark, über die Devisenverordnung und über ein wertbeständiges Papier. Es wurden zwei Ausschüsse gebildet, um die speziellen Fragen zu beraten. In der einen Ausschuß kam es unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Einigung über die Devisenverordnung.

Endlich haben sie den Ausweg gefunden. Wochenlang schleppte sich die Koalition mit ihrer Krise herum. Tag um Tag wurde von Ministerhürzen und Regierungsumbildungen eifrig geschwätzt. Aus Angst, daß die Mißgunst der Koalition der bankrotten Erfüllungspolitik offenbar werden könnte, trauten sich die Regierungskleinfisler nicht, eine öffentliche Erklärung vor dem Reichstag abzugeben.

Der Reichskanzler weigerte sich anzuerkennen, daß bei der Brotwuchervorlage und der Devisenverordnung unerträgliche Gegensätze innerhalb der Koalition aufgetreten sind. Der schlaue Zentrumspolitiker mußte, daß die Sozialdemokratie immer zur rechten Zeit ihren Theaterdonner einstellt und wieder zu Kreuze kriecht.

Der Ausweg aber ist, wie immer, der, daß wieder und wieder die Arbeiter die Kosten tragen sollen. Die Entente fordert Geld, sie fordert Sachlieferungen und fordert Kohlen, mehr als bisher. Die deutschen Kapitalisten fordern daneben ihre Wucherprofite, ihren reichlichen Gewinn.

Um das alles zu beden, Arbeitsmann, schufte unschöne noch toller als bisher. Schluß mit dem Achtstundentag! Wache Ueberwachten bis du zusammen-

bricht. Dem Gewerkschaftsführer, der Reichswirtschaftsminister Schmidt, verlangt von der erhöhten Arbeitsleistung. Er fordert stärkere Ausbeutung der Ruhrbergleute. Und auch die anderen Arbeitergruppen sollen endlich ihre Ueberhöchsten leisten. Natürlich alles durch Uebereinkommen auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft.

Der sozialdemokratische Minister bekräftigt damit offen und brutal, was wir immer als den nächsten Schlag der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterschaft bezeichnen mußten: die Preisgabe des Achtstundentages! Unverhüllt weist er durch seine Forderung des Uebereinkommens für alle Industrien der Gewerkschaftsbürokratie die Rolle des Zutreibers für das Ausbeutertum zu.

Die verschärfte Ausbeutung der deutschen Arbeiter und Angestellten, das also ist die vom Reichsanwalt gesuchte „gemeinsame Plattform“, auf der sich eine starke Regierung aufbauen soll!

Die Repräsentanten des Großkapitals waren am grünen Tisch bereits mit von der Partie. Die Vertreter der Stinnespartei waren zur Stelle und die Demokraten hatten bezeichnenderweise zu dieser Besprechung den Großkapitalisten Siemens und den 40fachen Aufsichtsrat Fischer Köln geschickt, während das Zentrum sich mit Durch seinen schwerreichen Großindustriellen Alldörner vertreten ließ.

Der ausbeuterische Pakt zwischen Großkapital und SPD ist geschlossen. Man hat ihr des äußeren Ansehens wegen eine sogenannte Verbesserung der blamablen Devisenordnung zugelegt und sie opferte dafür den Achtstundentag. Die Arbeiterschaft aber bekommt durch höhere Preise und Ueberstundenschufterei alle Kosten aufgehaßt.

Das also sind die von Hermann Müller verlangten „durchgreifenden Maßnahmen“, übergossen mit den theoretischen Nituren Hilferdings. Ueber die sonstigen neuesten papiernen Forderungen der Sozialdemokratie, ihre Aktion zur Stärkung der Mark, die Herausgabe eines wertbeständigen Papiers, die Hemmung der Lüge-einfuhr oder gar die völlige Erfassung der Lebensmittel fällt man wohlweislich und fürsorglich keinerlei Entscheidung. Man ließ die Müller und Hilferding andächtig ihr Sprüchlein herjagen, und jetzt, nachdem ihr Parteifreund und Vertrauensmann in der Regierung, Robert Schmidt, für die Erhöhung der Arbeitsleistung, für Ueberhöchsten in allen Industrien eingetreten ist, wird alles andere gemächlich diskutiert und — aufgeschoben.

Mit rauher Faust, brutaler denn je muß die Arbeiterschaft dieses bunte Gewebe zerreißen, wenn es ihr nicht zum Leidentuch für sich und ihre Kinder werden soll!

Kampf gegen Ueberhöchsten auf der ganzen Linie! Kampf gegen jede Ueberstunde, die uns der Unternehmer ablocken oder aufpressen will! Kampf für die Sicherung des Achtstundentages, der letzten Errungenschaften der Novemberrevolution, Zertrümmerung der Arbeitsgemeinschaften, dieser Brutstätten des Arbeiterrats der Gewerkschaftsbürokratie.

Die Betriebsräteversammlungen in allen Städten, die Betriebsrätekonferenzen im Rheinland, in Sachsen und Mitteldeutschland und der kommende Reichsbetriebsrätekongress müssen den neuen verräterischen Pakt scharf in Frage stellen.

Söldlinge des Kapitals.

In der „Deutschen Zeitung“ vom 24. Oktober 1922 liest man u. a.:

1. Die Gewerkschaften aller drei Reichungen beziehen ganz erhebliche Mittel aus der „Zentrale für Heimatsdienst“.

Beweis:

Im „Vorpommern“, Nr. 272, vom 20. November 21 wird über eine Konferenz der pommerschen Ortsanschlüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes berichtet, in welcher folgende Entscheidung gefaßt wurde:

„Die heute, am 13. November d. Js. im Volkshaus in Steyeritz tagende Sitzung der Ortsanschlüsse und Betriebsräte der Provinz Pommern erklärte sich nach einem Vortrag des Genossen Barth-Berlin mit feiner gemachten Ausführungen über Mittel zur bürgerlichen Aufklärung einverstanden. Die Konferenz bekräftigt die Auffassung, daß von der „Zentrale für Heimatsdienst“ mehr Mittel zur Aufklärung über unsere politische und wirtschaftliche Lage bereit gestellt werden müssen. Die notwendigen Aufklärungsarbeiten leiden unter dem Mangel der hierzu notwendigen Finanzmittel. Es wird deshalb die Leitung der heutigen Sitzung beauftragt, zur Erlangung von Mitteln mit der Zentrale für Heimatsdienst in Verbindung zu treten.“

2. Auf der angegebenen Konferenz wurde eine zweite Entscheidung folgenden Inhalts angenommen:

„Die Konferenz, auf der 14 Ortsanschlüsse mit annähernd 10000 Mitgliedern vertreten sind, nimmt mit größter Entschiedenheit Kenntnis von dem Vorhaben der Regierung, die gewerkschaftliche Warenverorgungsstelle abzubauen. Sie erklärt sich auf keinen Fall mit dieser Maßnahme, die sich auf den Einfluß der Interessentenverbände zurückführt, einverstanden, sondern verlangt unbedingt die Beibehaltung dieser Warenverorgungsstelle. Die Folgen des Abbaues wären unübersehbar, und die Besammelten lehnen es ab, eine Verantwortung dafür zu übernehmen.“

In einem „Vorwärts“ Bericht in Nr. 463 vom 4ten Oktober 1922 heißt es unter der Ueberschrift: „Die gewerkschaftliche Warenverorgung“:

„Zur selben Zeit stellte das Reichsarbeitsministerium allen Gewerkschaften einen Betrag von

25 Millionen Mark als Reichskredit zur Schaffung der Warenverorgung zur Verfügung.“

3. Die Gewerkschaften lassen Führer heranbilden auf Volkshochschulen, welche von Regierungsgeldern gespeist werden (Frankfurt a. M.).

4. Seltens Länder (Mecklenburg-Strelitz) unterhält im Staate 7 Sekretariate und Gemeinden werden Arbeiterssekretariate unterhalten, die einseitig im Dienste der Gewerkschaften arbeiten.

Beweis:

Die „Magdeburger Volksstimme“ berichtet in Nummer 193 (1922), daß in der Kreisstagung des Kreises Neuhaßensleben folgender Beschluß gefaßt wurde:

„Dem Gewerkschaftssekretariat werden 20 000 Mk. Zuschuß überwiesen, da sich der Kreisstag von der gegenseitigen Tätigkeit des Sekretariats überzeugt hat.“

5. Einzelne Verbände, so der Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter, haben mehrfach Unterstützungen durch Sammlungen bei Arbeitgebern erhalten.

Beweis:

Der „Landarbeiter“ veröffentlicht in seiner Nr. 16 vom September 1922 ein Schreiben des Vorsitzenden der Landwirtschaftlichen Arbeitgebervereinerung Sachsens an einen Sekretär des Zentralverbandes folgenden Inhalts:

„Wendenburg, Seeburg.

28. Januar 1922.

Herrn Sekretär

In Verfolg der Besprechungen mit Herrn Krosigk hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes bezw. Landbundes beschlossen, Ihnen insgesamt 10 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls erwarten wir nunmehr bei den außerordentlichen Mitteln, mit welchen wir Ihrer Bewegung unter die Arme gegriffen haben, daß in nächster Zeit Erfolge sichtbar werden, und das um so mehr, als leider gegen Ihre Tätigkeit hier von seiten des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Stimmung gemacht wird. Wir hoffen deshalb, daß Sie durch Ihre Tat zeigen, daß die Behauptungen in keiner Weise zutreffen. Hauptungen in keiner Weise zutreffen.

gez. Wendenburg.“

6. Auch ergibt die offizielle Statistik der Christlichen Gewerkschaften in ihrem „Zentralblatt“ (Nr. 20), daß die Gesamtsummen im Jahre 1921 die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen um mehr als 10 Millionen Mark übersteigen. Für den obengenannten Zentralverband sind es eine halbe Million Mark, die nicht aus Mitgliederbeiträgen stammen.

Die arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsführer erbetteln und ergatten Geld von Kapitalisten und aus kapitalistischen Institutionen. Welcher Arbeiter ist da noch naiv genug, zu glauben, daß diese Führer gegen das Kapital ernsthaft zu kämpfen bereit sind. Sie sind Untereisenverbreiter derer, von denen sie Sringelder annehmen.

Burgfriedensrummel bei Ebert.

Als Abschluß des widerlichen Kuhhandels, durch den die Sozialdemokraten sich die Verlängerung der Präsidentschaft Eberts durch die Zustimmung zur weiteren Auspaunderung und Annebelung des arbeitenden Volkes auf allen Gebieten erkauften, begab sich das Reichstagspräsidium, vom Deutschenationalen Dietrich bis zum eigenartigen Unabhängigen Lüttmann, zu Ebert, um ihm die „Gedwünsche des Reichstags“ zu seiner Wahl zum deutschen Reichspräsidenten zu überbringen und ihn „zu bitten, dem Wunsch des Reichstags zu entsprechen“.

Ebert antwortete durch eine Ansprache, in der er erklärte, daß er die Wahl annehme und sich bemühen werde, den Burgfrieden aufrechtzuerhalten:

„Darum wird es mein stetes Bemühen sein, über alle Verschiedenheiten der Interessen und Weltanschauungen hinweg, die großen und wertvollen Kräfte unseres Volkstums zusammenzufassen und zusammenzuführen, in dem uns allen gemeinsamen der Liebe und Pflicht und Treue zu Volk und Vaterland. Was uns auch sonst trennen mag, im klaren Bewußtsein unserer Pflichten gegen die Nation müssen wir alle uns in Einigkeit zusammenfinden.“

„Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche“ sagte Wühler und schickte Millionen und aber Millionen in das imperialistische Weltkriegsgemebel. Unter der Parole der Treue zu Volk und Vaterland überantwortet Ebert die Proletariatsmassen dem Faschismus, indem er seine Macht in den Dienst der kapitalistischen Interessen stellt, sie zur Erhaltung der zerfallenden Macht des Kapitals und zur Wiederherhaltung der rebellierenden Arbeiterschaft verwendet.

Schlesische Kundschau.

Die Junker als Betrüger des Staates und Ausbeuter der Kleinbauern.

Der schlesische Junker Graf Markschke, der eine Anzahl Rittergüter sein eigen nennt, hat das Gut Bockelau b. Kerschdorf gepachtet. Für dieses Gut, das 1400 Morgen zählt, braucht dieser „Graf“ nur die lächerliche Summe von 34000 Mark an den Staat zu entrichten, um in den Genuss des Ertrages von 1400 Morgen Land zu kommen. Da ein Junker Roggen heute 9500 Mark kostet, kann dieser Pächter in einem Jahre Millionen verdienen. Jetzt soll dieser Junker 100 Morgen zur Verpachtung für die Kleinbauern hergeben. Dafür muß, daß er diese 100 Morgen hergibt, hat

er den Kleinbauern 37 000 Mark abgegaunert. So machen die Junker-Geschäfte! Erst lassen sie sich vom Staate die Ländereien zu einem Spottpreis verpachten, um dann damit zu wuchern. Die Kleinbauern können daran wieder einmal sehen, wie sie von den Junkern betrogen werden. Sie müssen daraus die Lehre ziehen, daß sie Schulter an Schulter mit dem Land- und Industrieproletariat gegen die Parasitenherrschaft kämpfen müssen, wenn sie ein besseres Dasein erringen wollen.

Alkoholverbot für die Provinz Niederschlesien.

Wir lesen in der „christlichen“ Schlesischen Volkszeitung:

In einer zahlreich besuchten Gastwirteversammlung, die von der Gruppe I der vereinigten Gastwirte Schlesiens am Mittwoch veranstaltet worden war, teilte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Breslauer Wirtevereinigung, Kirchhoff, mit, daß der Oberpräsident von Niederschlesien für die Provinz den Erlass einer Volkzeitverordnung plane, wonach in allen Gastwirtschaften die Verabreichung von Branntwein und Spiritiosen in der Zeit von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens verboten wird. Die Versammlung nahm hierzu in folgender Entschiedenheit Stellung:

„Die Breslauer Gastwirte nehmen mit Entschiedenheit Kenntnis von dem zu erwartenden Alkoholverbot und beauftragen ihren Vorstand, von der Arbeitsgemeinschaft zu fordern, energische Schritte zu unternehmen, die geeignet erscheinen, das geplante Verbot zu verhindern. Sie fordert ferner, baldmöglichst eine Protestversammlung aller Gastwirte Schlesiens nach Breslau einzuberufen. Die Gastwirte protestieren einmütig und geschlossen gegen die angekündigte Maßnahme.“

Es wurde beschlossen, am Montag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, eine Protestversammlung im großen Saale des Konzerthauses abzuhalten. Während der Versammlung werden die Gastwirte Breslaus ihre Lokale schließen.

Bezeichnender Weise hat die „Volkszeitung“ diesem Protest der Gastwirte nichts hinzuzufügen. Der Suff wird jetzt wohl selbst von OSS gebilligt?

Aus der Versammlungstätigkeit.

Dittersbach.

Am 9. Oktober 1922 fand im Gasthof „Zum Tiesbau“ eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Düwelle-Berlin referierte über das Thema: „Wie kommen Arbeiterfrauen aus dem Elend.“ Sie schilderte an Hand von Beispielen das grenzenlose Elend der Proletariatsfrauen. Die Steuerung wächst von Stunde zu Stunde, die Löhne werden trotz Erhöhung immer niedriger. Genossin Düwelle streifte auch die Schandpragraphe 218-220. Der Staat schützt die ungeborenen Kinder, während er die Lebenden vor Hunger und Kälte unkommen läßt. Arbeiterfrauen greifen vor Verzweiflung zu dem Mittel der Abtreibung und wandern dafür ins Gefängnis oder Zuchthaus. Genossin Düwelle wies nach, daß Kontrollausgänge zur Bekämpfung des Wuchers gebildet werden müssen. Begner waren nicht anwesend oder melbten sich wenigstens, trotz Aufforderung, nicht zum Wort. Aus der Diskussion sprach es hervor, daß die Sibeamten nicht den Arbeitern zur Seite stehen, sondern den Geschäftslenten auf dem Markte. Eine Genossin ermahnte die Frauen, mit den Männern zu kämpfen und auch die Frauenzeitung zu lesen, was Genossin Düwelle im Schlußwort besonders unterstrich. Trotz nicht sehr regen Besuches wurden doch für 250 Mk. Broschüren verkauft.

Gewerkschafts-Bewegung.

Zum Konflikt der Breslauer Bekleidungsarbeiter.

Am Dienstag, den 24. Oktober, fand im Schießwerder eine öffentliche Versammlung der Bekleidungsarbeiter statt, einberufen von der Lokalorganisation. Erschienen waren 800 Personen, darunter auch einige Vertreter des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes. Nach Eröffnung der Versammlung setzte sofort eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte ein, um einen Vertreter des Hauptvorstandes als Konferenzreferent zuzulassen. Die Versammlung lehnte das ab, weil die Antragsteller bisher genau so handelten. Es wurde ihnen im Rahmen der freien Aussprache Redefreiheit zugesprochen. An Stelle des vorgezeichneten Referenten Koll. Schuhmacher-Berlin, sprach Koll. Farwig-Berlin, der in sehr sachlicher, tiefschürfender Weise über das Thema: „Sind die Gewerkschaften noch Klassenkampforganisationen“ sprach. Er gab ein getreues Bild der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften und der kapitalistischen Wirtschaft. Die steigende Not macht es notwendig, daß die Gewerkschaften ihre heutige Arbeitsgemeinschafts-Sattik aufgeben und sich zurückfinden auf den Boden des Klassenkampfes.

In der Diskussion sprach Koll. Plättel vom Hauptvorstand, der die Gewerkschaften und vor allem die Stellung des Hauptvorstandes zur Breslauer Mitgliedschaft verteidigte. Diesen Leuten ist es gleich, ob eine so wichtige Jahrsitzung wie Breslau in die Brüche geht oder nicht. Während der Ausführungen Plättels steigerte sich die Erregung immer mehr, es kam zu Szenen, die eine Weiterführung der Versammlung teilweise in Frage stellten. Plättel fürte dies alles nicht. Er regte die Versammlung bis aufs äußerste, bis schließlich beschlossen wurde, noch 5 Minuten und dann Schluß. Beim Abtreten Plättels kam es zu Bedrohungen und wohl auch zu Sittlichkeiten. So begreiflich es wahr, so ist es doch zu bedauern. Dadurch war es nicht möglich, Plättels Ausführungen ins rechte Licht zu rücken. Es sprachen einige Kollegen im Sinne des Referenten. Koll. Baaf gab noch einmal ein Bild über die Vorgänge im Breslauer Bekleidungsarbeiter-Verband. Notwendig ist es, daß sich alle Bekleidungsarbeiter mehr um ihre Organisation kümmern.

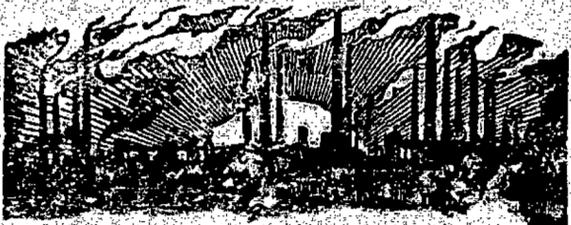
Musterhafte Zustände im „Deutschen Landarbeiterverband“.

In einer Gewerkschaftsversammlung in Rostock wies unser Genosse Wenzel u. a. darauf hin, daß die Leitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes am 4. Juli dieses Jahres an die D.V.-Ortsgruppen Telegramme versandte, in denen zur Nichtbeteiligung an der zweiten Kundgebung anlässlich des Rathenau-Mordes aufgefordert wurde. In geradezu origineller Weise verteidigte der Landesvorsitzende der Gewerkschaften, Martin Müller (S.P.), die D.V.-Leitung, indem er erklärte:

„Die von Wenzel gemachte Mitteilung beruht auf Wahrheit. Jedoch trägt daran nicht die Schuld der Gewerkschaften, sondern seine Wirtschaftlichkeit, die diese Telegramme während seiner Abwesenheit versandt hatte.“

Damit ist das Rätsel gelöst, warum der D.V. nie zu einem Kampf kommt. Es gibt eben zuviel wirtschaftsfreudliche Wirtschaftlerinnen! Ja, wenn diese nicht wären.

Aus den Betrieben.



Streikbrecherzucht in Oppeln.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Eisenbahnverwaltung überall planmäßig daran geht, Streikbrecher zu züchten und die Mannschaften der Technischen Nothilfe für den Eisenbahndienst auszubilden.

Auch im Eisenbahndirektionsbezirk Oppeln soll — wie uns durch ein Zirkular bekannt geworden ist — mit der Ausbildung von Streikbrechern begonnen werden. Die Kosten für die Ausbildung der Orgeschüler und das Kaputtfahren der Lokomotiven trägt die steuerzahlende Arbeiterschaft.

Während die Eisenbahndirektion Oppeln im geheimen über alle hohen Antosten und Rückgang der Produktion klagt, scheut sie sich nicht, Riesensummen für vollkommen unproduktive Zwecke auszugeben.

Die Eisenbahndirektion Oppeln scheint ganz besonders eine Lohnbewegung der Arbeiter zu fürchten und deshalb alle Vorbereitungen zur Ausbildung und Einstellung von Streikbrechern zu treffen.

Während die Eisenbahndirektion Oppeln im geheimen alle Vorbereitungen trifft, um den Streikbruch zu organisieren, sucht sie die Arbeiterschaft einzulullen, wie aus nachstehender Abschrift eines Telegramms hervorgeht:

Abschrift

Telegr. Nr. 16 Ks. v. Op. an alle Ämter, Dienststellen und Direktionsbüros!

Der Reichsminister teilt mit, daß Verhandlungen über eine Lohnhöhung am Mittwoch, den 25. Oktober d. Js. im Reichsfinanzministerium beginnen. Arbeiterschaft in genügender Weise sofort verständigen und wo nötig unter Hinweis auf diese Verhandlungen vor etwaigen übereilten Schritten zu warnen.

R. B. D. Op. R. 15.

Bezirkskonferenz der Betriebsräte Schlesiens

am 22. Oktober 1922 in Breslau.

Am Sonntag vor 8 Tagen fand in Breslau nach der Vollversammlung der Breslauer Betriebsräte, über die wir bereits berichteten, eine Bezirkskonferenz der Betriebsräte Schlesiens statt. Da die Konferenz sehr spät einberufen wurde, war der Besuch nicht so, wie es zu wünschen wäre. Dennoch kann gesagt werden, daß die Konferenz ein gutes Fortwärtswort der Betriebsrätebewegung in Schlesien zettelte. Gerade in unserer Provinz in der die Gewerkschaftsbildung besonders fest sitzt, hat dies eine besondere Bedeutung. Es ist darum Pflicht eines jeden Arbeiters, einer jeden Arbeiterin, diese Bewegung zu unterstützen und zu fördern.

Nachstehend lassen wir den Bericht von der Bezirkskonferenz folgen.

Kollege **H a t e r - G ö r l i c h** eröffnet um 1/4 Uhr die Versammlung und fordert die anwesenden Delegierten zur Wahl des Büros auf. Alsdann gibt er Bericht über seine bisherige Tätigkeit in Schlesien und fordert die in der Versammlung vertretenen Bezirks-Ausschüsse zur Bildung von Kontrollkommissionen auf. Danach schritt man zu Punkt 2 der Tagesordnung (Diskussion) und erteilte das Wort **S o n i c h - W e i ß t e i n** (Fuchsgrube). Die Belegschaft hat 21 Betriebsräte, wovon nur 6 Kommunisten sind, jedoch die übrigen Betriebsräte (S.P. und S.P.-Dunler) sprechen sich einheitlich für den Reichsbetriebsräte-Kongress aus. Eine Sammlung der Belegschaft ergab den stattlichen Betrag von 27000 Mk. Das ist ein Beweis dafür, welche große

Begeisterung für den Räte-Kongress

gerade in der Belegschaft der Fuchsgrube zu finden ist. Kollege **S o n i c h** erklärte u. a., daß auch in eilichen anderen Gruben große Neigungen zur Beschickung des Kongresses bestehen und daß die Bewegung in den allernächsten Tagen erst richtig ins Rollen kommt. Zum Schluß fordert Kollege **S o n i c h** die übrigen Anwesenden zur Solidarität und zum engsten gemeinschaftlichen Kampf auf.

Als zweiter Diskussionsredner ergriff das Wort der Kollege **W l o c h o w i c z - H i n d e n b u r g** von den Drahtseilwerken Deichsel. Er als 1. Betriebsrats-Vorsitzender der 1800 Mann starken Belegschaft des Wertes schloß sich dem Aufrufe des Vorredners an, forderte zur engsten Mitarbeit auf und machte die erfreuliche Mitteilung, daß von der Belegschaft einstimmig der Beschluß gefaßt worden ist **einen vollen Stundenlohn zur Finanzierung des Reichsbetriebsräte-Kongresses zu opfern**, was bei den anwesenden Kollegen mit einem Bravo angenommen wurde. Unter anderem sprach sich der Kollege **W l o c h o w i c z** für öffentliche Wahl der Delegierten zum Reichsbetriebsräte-Kongress aus. Auch er fordert zum Schluß seine Kollegen zur vollsten Solidarität auf.

Auch die Kleinbauern für den Betriebsräte-Kongress.

Alsdann erhält das Wort Kollege **B r e h m - P r a u s n i t z** als Vorsitzender des Bundes für schaffende Landwirte. Der Bund umfaßt etwa 2000 organisierte Kleinbauern, welche sämtlich für Einberufung des Reichsbetriebsräte-Kongresses eintreten. Er kommt im Auftrage der zehntausend Kleinbauern, um die Stimme und Stellungnahme des Industrieproletariats zu hören. Redner schildert die wirtschaftlich schwierige Lage der Kleinbauern, welche sehr unter dem Drucke des Agrarkapitals zu leiden haben. Besonders hat das Breslauer katholische Bistum seine „Christenliebe“ insofern bewiesen, als es von den Kleinbauern unverschämte hohe Pachtzahlungen forderte. Diese

christliche Instanz gehört gleichfalls auf die List der Wucherer und Volksausbeuter. Kollege **B r e h m** appellierte an die Versammelten, gemeinschaftlich mit den Kleinbauern mit allen Mitteln den Reichsbetriebsräte-Kongress durchzuführen. Die versammelten Kollegen bewiesen durch starken Beifall ihre Solidarität mit ihren Brüdern auf dem flachen Lande.

Als nächster Redner meldet sich zum Wort Kollege U r b a c z e l - R a t i b o r (Metallindustrie). Er schilderte die **Sabotage der Gewerkschaften**

zum Reichsbetriebsräte-Kongress. Er hobem hat sich Kollege **U r b a c z e l** mit aller Kraft für die Bewegung eingesetzt und die Belegschaft ist voll und ganz für die Reichsbetriebsrätebewegung und hat den genannten Kollegen als Delegierten zu dieser Konferenz entsandt. Redner versprach, sich auch weiterhin für die Bewegung einzusetzen.

Nach ihm sprach Kollege **K u s n i l - G l e i b i t z** (Lokomotiv-Werkstatt). In der letzten Bezirkskonferenz der Eisenbahner-Betriebsräte wurde unter anderem zum Reichsbetriebsräte-Kongress Stellung genommen. Darauf erfolgte eine Abstimmung, bei welcher 206 Kollegen dafür und nur 2 Kollegen dagegen stimmten. Dieses Ergebnis hat bewiesen, daß die ober-schlesischen Eisenbahner sich nicht fürchten, den Kampf gegen Teuerung und Verelendung aufzunehmen. Die ober-schlesischen Eisenbahner-Kollegen zeigen dem übrigen deutschen Proletariat den Weg den es zu gehen hat. Kollege **K u s n i l** gab die Versicherung, daß die ober-schlesischen Eisenbahner ihren Mann stellen werden und fordert alle Anwesenden zur Solidarität auf. Bravo-Rufe lohnten seine erfreulichen Berichte.

Kollege **P o p a l a - R a t i b o r** schloß sich im allgemeinen den Ausführungen des Kollegen **U r b a c z e l** an.

Des Weiteren ergriff der Kollege **W a z l a w c z y l** (Polnisch-Oberschlesien) das Wort. Er berichtet über die Bewegung für den Reichsbetriebsräte-Kongress im polnisch-oberschlesischen Gebiet und macht die erfreuliche Mitteilung, daß auch dort die Bewegung starken Anklang findet. Des Weiteren schildert Kollege **W a z l a w c z y l** die Vorgänge bei den feinerzeitigen Unruhen auf der Bismarckhütte, wo mehrere tapfere Klassenkämpfer ihr Leben ließen. Besonders interessant war der Bericht über die neue Arbeitsordnung, welche bereits in verschiedenen ober-schlesischen Industriebetrieben durch Druck der Belegschaften zur Anwendung gebracht worden ist. Die interessanten Ausführungen des Kollegen **W a z l a w c z y l** wurden mit starkem Beifall der Zuhörer gelohnt, worauf noch der Redner den anwesenden Kollegen die vollste Solidarität zum Ausdruck brachte.

Als nächster Redner sprach Kollege **G ä r t n e r - B r e s l a u** (Stadt-Hafen). Er führte im allgemeinen dasselbe wie die Vorredner aus und trat im Auftrage seiner Belegschaft gleichfalls für die Durchsetzung des Reichsbetriebsräte-Kongresses ein.

Den Ausführungen schlossen sich auch Kollegin **R ö n i g** und Kollege **R o s e** als Mitglieder des Betriebsräte-Bezirksausschusses Breslau, sowie andere Diskussionsredner an, welche in ihren Referaten sich sämtlich für den Reichsbetriebsräte-Kongress erklärten und die Durchführung desselben mit allen Mitteln forderten.

Kollege **H a t e r - G ö r l i c h**, Mitglied des Reichsausschusses, hielt das Schlusswort, worauf noch einige Kollegen zu Punkt 3, Verschiedenes, debattierten, und die Versammlung somit 1/8 Uhr ihr Ende erreichte.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Karp, der zweite Kommiss, kam eben von einem Ausgang heim. Er nahm auf einem Zaburet neben der Tür Platz und sah auf die Straße hinaus.

„Hör mal, Karpuscha“, begann der Prinzipal, indem er ihn lächelnd ansah, „ich hab' eben den Mischka fortgejagt.“

„Es steht in Ihrer Macht, Kiril Iwanowitsch!“

„Denk dir nur: er hat mich bestohlen!“

„Nicht möglich!“ rief Karp leise, doch sichtlich erschrocken.

„Ist's wirklich wahr? Der Böhewitsch!“

Der Prinzipal lachte hinter seinem Vult, daß er sich den Bauch halten mußte und sein roter Bart sich zitternd hin und her bewegte.

„Du ho ho!“ rief er. „Ach, Karpuscha... Du mein Taschenpieler... demütige Seele du!“

Dann hörte er plötzlich auf zu lachen, seufzte tief auf und sagte streng nachdenklich:

„Ach, Leute, Gentel Menschenfinder... Alle wollt ihr leben, alle müßt ihr sterben, und jeder natürlich so gut wie möglich.“

Er nickte mit dem Kopfe und schweig.

„Ija, der neben dem Vult stand, fühlte sich dadurch beleidigt, daß der Prinzipal ihm keine Aufmerksamkeit mehr schenkte.“

„Ach, Ija“, redete der Kaufmann ihm schließlich noch langem peinlichem Schweigen an — „laß was noch ein bißchen plaudern... Sag mir erstens mal — hast du schon früher bemerkt, daß Mischka stiehlt?“

„Freilich hab' ich's bemerkt... Er hat immer gestohlen.“

„Ija, und warum hast du mir nichts davon gesagt?“

„So... antwortete Ija nach kurzem Überlegen.“

„Hast wohl Angst vor ihm gehabt, wie?“

„Nein, Angst hab' ich nicht gehabt.“

„So, so... Warum hast du zu mir nicht gesagt: Prinzipal, man bestiehlt dich?“

„Ich weiß nicht... Ich wollte nicht.“

„Du... du hast mir's also jetzt nur aus Groll gesagt?“

„Ja“, antwortete Ija ruhig.

„Sag doch... was für ein Bursche!“ rief der Kaufmann. „Dann frieh er lange seinen roten Bart und sah Ija schweigend an, mit ernster Miene an.“

„Und du selber, Ija — hast du auch gestohlen?“

„Nein.“

„Ich glaub' dir's... du — hast nicht gestohlen... Na, und Karp... dieser Karp, der hier steht — stiehlt der?“

„Freilich stiehlt er!“ versetzte Ija in bestimmten Tone.

Karp sah ihn ganz erstaunt an, blinzelte mit den Augen und wandte sich ruhig ab, als ob ihn die Sache gar nichts angehe. Der Prinzipal zog die Augenbrauen in seiner zusammen und begann von neuem seinen Bart zu streichen. Ija fühlte deutlich, daß irgend etwas Besonderes vorging, und erwartete voll Spannung das Ende.

In der scharf duftenden Luft des Ladens flogen summend die Fliegen hin und her, und man vernahm das Plätschern des Wassers in dem Bottich mit den lebenden Fischen.

„Karpuscha!“ rief der Prinzipal den Kommiss, der unbeweglich an der Tür stand und mit Aufmerksamkeit auf die Straße hinaus sah.

„Was ist gefällig?“ versetzte Karp, während er rasch auf den Prinzipal zuwinkte und ihm mit seinen dienstfertig-freundlichen Augen ins Gesicht sah.

„Hast du gehört, was man von dir gesagt hat?“ fragte Stroganow lächelnd.

„Ich hab's gehört...“

„Aun — und was weiter?“

„Nichts weiter...“ sagte Karp und zuckte die Achseln.

„Nichts weiter? Was soll das heißen?“

„Sehr einfach, Kiril Iwanowitsch. Ich bin ein Mensch, der Selbstachtung liebt, Kiril Iwanowitsch — und darum steht mir's nicht an, mich durch einen Knaben beleidigt zu fühlen. Sie sehen doch selbst, daß der Junge unglücklich dumm ist und von nichts ne Ahnung hat... Dazum kann ich ihm auch keine Frechheit mit leichtem Herzen verzeihen.“

„Halt, mein Lieber! Mach mir keine Flausen vor, sondern sag mir lieber: er hat die Wahrheit gesagt!“

„Was heißt die Wahrheit“, Kiril Iwanowitsch?“ versetzte Karp leise, indem er mit den Achseln zuckte und den Kopf aus die Seite legte. „Jeder versteht die Wahrheit auf seine Weise... Wenn Sie durchaus wollen, können Sie meine Worte als Wahrheit nehmen, aber wenn Sie nicht wollen, es steht ganz bei Ihnen...“

Karp schloß mit einem Seufzer, verneigte sich vor dem Prinzipal und machte eine Handbewegung, die bewies, daß er sich tief gekränkt fühlte.

„Hm — ja — das steht allerdings bei mir...“ stimmte der Kaufmann ihm bei. „Nach deiner Meinung ist der Junge dumm?“

„Unglaublich dumm“, versetzte Karp im Brustton der Überzeugung.

„Nein, mein Lieber — da läßt du...“ sagte Stroganow und lachte plötzlich laut auf. „Wie er dir vorhin mit der Wahrheit gerade ins Gesicht sprang! Ihr Hohl Stiehl der Karp? — Freilich stiehlt er! Ho ho ho!“

Ija hatte sich von dem Vult nach der Tür zu entfernt, war da stehen geblieben und hörte sich die Unterhaltung an,

die, wie er sehr wohl fühlte, für ihn etwas Kränkendes hatte.

Als er den Prinzipal jedoch lachen hörte, fühlte er, wie in seinem Herzen die freudige Empfindung der Rache auflebte, und er blickte triumphierend zu Karp, zu dem Prinzipal aber mit dem Ausdruck der Dankbarkeit hin. Stroganow kniff die Augen zusammen und lachte aus vollem Halse, und Karp ließ, als er den Kaufmann so lachen hörte, gleichfalls ein trodenes, vorichtiges Lachen aus seiner Kehle:

„He he he!“

Als jedoch Stroganow diese dünnen Mederlaute vernahm, sommandierte er streng:

„Schließ den Laden zu!“

Auf dem Wege zum Hause des Kaufmanns sagte Karp fohpüttelnd zu Ija:

„Ein Dummkopf bist du doch, ein richtiger Dummkopf! Warum hast du nur diese langweilige Geschichte angefangen? Sag mal! Erwirbt man sich so die Gunst der Prinzipale? Schöbel! Meinst du vielleicht, er würde nicht, daß wir beide, Mischka und ich, ihn bestehlen? Er hat doch mal genau ebenso angefangen... he he! Dafür, daß er Mischka fortgejagt hat, muß ich dir ja, wenn ich gewissenhaft sein will, Dank sagen. Aber daß du auch mich verflatscht hast, das wird dir nie verziehen werden!... Ich sag' dir's voraus! Das nennt man dumm und frech zugleich. Ein solches Wort von mir zu sagen, noch dazu in meiner Gegenwart! Nein, das werd' ich dir nie vergessen... Du hast damit bewiesen, daß du mich nicht achtest.“

Ija hörte schweigend seine Ausführungen an, verstand sie jedoch nicht recht. Nach seiner Überzeugung hätte Karp Droll gegen ihn sich ganz anders äußern sollen: er hatte bestimmt erwartet, daß der Kommiss ihn unterwegs gehörig durchrügeln würde, und hatte sich sogar gefürchtet, heimzugehen. Aus Karps Worten aber hörte er statt des Drolls nur den Spott heraus, und selbst die Drohungen Karps schreckten Ija nicht. Noch am Abend dieses Tages jedoch sollte der Sinn von Karps Reden Ija klar werden — als ihn nämlich der Prinzipal in seine Wohnung nach dem oberen Stockwerk beschied.

„Aha! Stiehlst du! Geh nur hin!“ rief Karp in einem Tone, der Schlimmes ahnen ließ, hinter ihm her.

Als Ija oben ankam, hörte er an der Tür eines großen Zimmers stehen, in dem unter einer schweren Hängelampe ein Tisch mit einem großen Samowar darauf stand. Rings um den Tisch sah der Prinzipal mit seiner Gemahlin und seinen Schwestern, drei rootharigen und sommerprossigen jungen Mädchen, von denen immer einer einen Kopf kleiner war als das andere. Bei Ijas Eintritt drängten sich alle drei eng ineinander und schauten ihn mit ihren drei blauen Augenpaaren ängstlich an.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales.

Kommunistenhutz.

Herrn Innenminister Severing zugeeignet.

- Was macht man, wenn man nicht mehr weiß Ein Defizit zu decken?
- Wenn am Skorbud und Tuberkel Zehntausende verrecken?
- Wenn man am Ende des Lateins Als Reichs- und Staatsregierung?
- Macht man dann Schluß mit Volksbetrug Und Stinnes-Koalierung?
- Nimmt man den Junkern dann das Brot? Den Schiebern die Profite?
- Ach, wie naiv, mein lieber Freund, Hör' zu, Prolet! Ich bitte:
- Dann heißt es Kommunistenhutz, Hier drohen die Gefahren;
- Dann wird zum Schutz der Republik Die Orgesch aufgeföhren!

Breslau.

Wird Breslau verkauft?

Seit einiger Zeit sind allerlei Gerüchte im Umlauf, daß Teile der städtischen Betriebe entkommuniziert werden sollen. Erst war nur von einer Privatisierung der Straßenbahn die Rede. Neuerdings hört man, daß sämtliche Breslauer Betriebe entkommuniziert werden sollen.

Über diese Gerüchte erhalten wir nun aus zuverlässiger Quelle folgende Mitteilungen:

Zur Fertigstellung des Wasserkraftwerkes in der Ober- und zur Durchführung von Erneuerungen und Erweiterungen anderer städtischer Werke sind ungeheure Mittel erforderlich. Die Stadt plant, um die städtischen Betriebe rationaler zu gestalten, z. B. die Wärme der Gaswerke zu verwerten, die Kohle bis zum äußersten auszunutzen. Zur Durchführung sind große Kapitalien notwendig. Woher nehmen? Durch Anleihen ist kaum Geld zu bekommen. Ein Weg ist, die Privatunternehmer für diese Projekte zu interessieren. Deshalb ist geplant, und es scheiden schon seit langem Verhandlungen darüber, die städtischen, in gemeinwirtschaftliche Betriebe umzuwandeln, an denen Stadt und Privatunternehmer beteiligt sind. Ein solcher Betrieb arbeitet einfacher, weil die Zustimmung von Deputationen und Kommissionen nicht nötig ist. Verhandlungen sind schon längere Zeit im Gange, doch ist ein Ausgang noch nicht abzusehen. Der Magistrat steht zum größten Teil diesem Projekt noch ablehnend gegenüber und ist noch ganz ungeschlüssig. Die Stadt wird immer bestrebt sein, den größeren Einfluß auf die Geschäfte dieser gemeinwirtschaftlichen Betriebe zu behalten. Auch ist selbstverständlich, daß die Deputationen und Stadtratskommissionen Gelegenheit haben werden, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Ein Verkauf der städtischen Betriebe an die Privatindustrie ist überhaupt bisher nicht erörtert worden.

Die städtischen Betriebe sollen also nicht verkauft werden! Die Kapitalisten sollen nur Geld hineinstecken. Dafür wird ihnen natürlich Mitbestimmung (wenn nicht gar Selbstbestimmung) in der Verwaltung zugesichert. Die Kapitalisten sollen „Teilhaber“ werden. Damit der Betrieb „einfacher“ wird, werden die Deputationen angehalten, die Kapitalisten oder ihre Bevollmächtigten werden dann in den „städtischen“ Betrieben bestimmen.

Natürlich werden Privatkapitalisten das Geschäft nur dann mitmachen, wenn sie dabei Vorteile herausfinden können. Und die mühen aus den Betrieben herausgewirtschaftet werden. Damit das aber möglich ist, wird den Kapitalisten, die ihr Geld geben, freie Hand gelassen. Bedeutet das etwa keine Privatisierung? — Der Magistrat steht dem Projekt ablehnend gegenüber und ist ganz ungeschlüssig. Das heißt er wird sich in der letzten Minute schlüssig werden, die städtischen Betriebe dem Privatkapital in den Rücken zu werfen.

Die Sozialdemokraten haben die Möglichkeit, eine Entkommunizierung der städtischen Betriebe zu verhindern. Bis zur Stunde halten sie mit ihrer Stellungnahme hinterm Berg zurück. Wir fragen nochmals vor aller Öffentlichkeit: Wollen die Sozialdemokraten die Entkommunizierung der städtischen Betriebe verhindern?

Ihr tiefes Schweigen läßt die Annahme zu, daß sie sich ebenso ungeschlüssig sind wie der Magistrat, um hernach ebenfalls umzufallen.

Es gibt solche Hunde!

Freitag, um halb sieben Uhr, abends. Ich gehe die Universitätsstraße entlang zur Universität. Vor mir schlenkert langsam ein Hund die schmale Gehsteige eines Schupo-Bennten. Vor Zeit zu Zeit greift er an seine linke Seite und lodert das Schwanzgeißel — es geht leicht aus der Schärpe. Ich nehme ein Stück an den Revolver — ja, um Hundesweiner, will der Mann auf Hundesweiner ansetzen? Jetzt ist er in den Lichtkreis vor der Brücke getreten. Er schickt vor und läßt seine Hand einer vor ihm gehenden Person auf die Schulter fallen. Ah ja, also dirichste er nach hinten, vielleicht hat er einen schweren Hund gezogen? Wer ist der Betreffende?

Der Angehaltene ist ein gebürtiger, graubärtiger, schäbig gekleideter Mann, seine Beine schwanzen leicht, er hat also getrunken. Ein alter Arbeiter. Ja, was hat er verbrochen? Er führt einen Hund an der Leine, einen alten Kater.

„Sie bleiben hier stehen! Wie heißen Sie? Warum hat der Hund keine Maulkorb um? Hal!“

Der Mann wankt, verunsichert, fährt er das Brüllen über sich, geht weiter. Die Frau des Schupo hat seinen Nacken, hat wäre er zum Boden gefallen.

Und jetzt begann ein Schimpfen für Dutzend. Mit Hungen drei, vier, fünf, sechs, sieben, während Jerron Kloppe die der ganze Heide der gedrehten Kreis vor sich hin, durch das Lichtscheitler, über die Schmeidebrücke bis zur Höhe der Kupferknechtstraße. Der Menschenschlaf war hart. Alle Arbeiter wie hingeworfene Dumm, empörten sich über den anderen Anblick. Bereits hätte die immer wachsende Menge „Ach, ich los!“, bereits dröhren ergebene Stöße. Der Schupo wankte ununterbrochen höhnisch auf die Straße und drückte beständig den Revolver.

Da kam eine Deutsche, Nummer 21. Der Richter, ein Bekannter des Verhafteten, schlug vor, ihn anzulassen. Der Arbeiter, der Hund und der Schupo nahmen Platz, die Deutsche fuhr ab. „Wann? Zur Polizeiwache?“

„Eine Dame neben mir sagte: „Wie er sich nicht schämt, diesen alten Mann zu klopfen! Es gibt solche Hunde!“

Ein Augenzeuger.

Die Gerhart Hauptmann-Fest der Feigenswerth-Kommunisten Jugendpartei Breslau.

Am 21. Oktober fand obengenannte Fest im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Ich glaube anzunehmen zu können, daß fast alle Feigenswerth mit dem Glanz zu der Veranstaltung gekommen sind, ein proletarisches Programm wurde sich vor ihnen Augen entrollt. Nichts von alledem. Schon die beiden ersten Punkte erinnerten an eine bürgerliche Kirche, den wir als gewerkschaftlich organisierte

Jugend auf das entschiedenste bekämpfen müssen. Der dritte Punkt: „Gerhart Hauptmann und die Arbeiterklasse“ wurde vom Kollegen Gathmann ausgeführt, der über das Leben und Wirken des Dichters sprach. Unter anderem führte er aus, daß Gerhart Hauptmann der Arbeiterklasse sehr nahe stände und ein besonders starkes Gefühl für das Elend der Arbeiterklasse besitze, was in seinem Hauptwerk „Die Weber“ zum Ausdruck kommt. Wir als Kommunisten verfehlen nicht — und die gesamte proletarische Jugend muß das beachten — festzustellen, daß Gerhart Hauptmann zum Dichter der deutschen Bourgeoisie geworden ist. Darum müssen wir als klassenbewußte Proletarier Gerhart Hauptmann als einen Dichter des arbeitenden Volkes ablehnen. — Es folgten dann noch einige Rezitationen und Musikstücke, wovon noch der Solofang des Jugendsekretärs der Angestelltenjugend, „Griech Wolf“, „Griech Gottes in der Natur“ hervorgehoben wurde, der uns glauben ließ, in einem christlichen Jungfrauenverein verfaßt zu sein. Der Höhepunkt des Abends wurde mit dem Musikstück „Aus dem Zigeunerlager“ erreicht. Wenn ich vorher schon betont habe, daß man sich durch die beiden ersten Punkte in die Veranstaltung eines bürgerlichen Gesellschaftsvereins verfehlte glaubte, so wurde das durch dieses Musikstück nur bestätigt. Das war jedoch der klassenbewußten proletarischen Jugend jubelnd und so verließen die Mitglieder der K. J. und ihrem Beispiel, folgend, ein beträchtlicher Teil der K. J., demonstrativ den Saal und überließen es dem ganz verduht zurückgebliebenen Teil, sich das Programm bis zu Ende anzuhören. Es wäre künftighin zu empfehlen, von derartigen Veranstaltungen abzugehen, oder man legt es voll und ganz den Delegierten des Jugendpartei zur Beratung vor.

M. Hoffmann.

Ratteln.

Kein Lokal für Kommunisten. Unsere Genossen in Ratteln hatten zur Abhaltung einer Versammlung unserer Partei bei Herrn Scholz den Saal bestellt. Darauf erhielt unser Genosse W. folgendes Schreiben:

Ratteln, den 15. 10. 1922.

Geehrter Herr W. ...!

Ich wollte Ihnen nur schriftlich mitteilen, daß ich mein Lokal zur Versammlung Ihrer Partei nicht geben kann, da ich sonst meine anderen Kreise verliere. Bitte suchen Sie sich ein anderes Lokal aus. Es ist nicht böse gemeint, aber ich muß.

Hochachtungsvoll

Wolff Scholz, Gastwirt.

Dieser Herr Scholz, der so sehr Rücksicht auf die anderen Kreise nehmen muß, ist bezeichnender Weise Sozialdemokrat. Wahrscheinlich noch nicht lange, sonst mühte er wissen, daß die Sozialdemokratie früher — da sie noch eine Partei des Klassenkampfes war — ebenso behandelt wurde und die Proletarier ihr damals so zugedröhnt sind, wie sie heute von ihr weglaffen.

Landeshut.

Aus der Partei. In unserer, am 19. d. Mts. stattgefundenen, gutbesuchten Mitglieder-Versammlung gaben der Genosse Bräuner und die Genossen Rieger die Berichte vom Bezirksparteitag und vom Frauentag, die mit Zustimmung aufgenommen wurden. Genosse Scholz erläuterte den Kommunalbericht und schilderte seine Eindrücke bei der Besichtigung des Irrenhauses Wagnitz, das er als Mitglied des Provinziallandtages auf Veranstaltung von vorgebrachten Beschwerden besichtigt hat. Angeregt wird, daß den Ortsärzten und Sozialrentnern weit mehr als bisher zu Hilfe gekommen wird. Die bezügliche Anträge, Forderung von Kartoffeln und Kohle sowie Erhöhung der Bezüge, sollen von unseren Genossen in den städtischen Körperschaften gestellt und energisch vertreten werden. Mitgeteilt wird, daß unsere Revolutionsfeier am Dienstag, den 7. November, im Gasthof „Zur Sonne“ stattfindet, bestehend in Vortrag, Rezitationen, Vortrag und dem Theaterstück: Spartakus.

Der Film: Sowjetrußland im Wandel wird in Landeshut am Freitag, den 10. November, im „Schützenhaus“ vorgeführt werden. Pflicht aller Genossen und Genossinnen ist es schon heute, für zahlreichen Besuch beider Veranstaltungen zu wirken. Unter dem von der Jugend organisierten Liede der Internationale wurde die von gutem Geist befehlte Versammlung geschlossen.

Wieder eine kommunistische Säule geschrien! Unter dieser Überschrift würde die „Bergwacht“ wieder Moral predigen, wenn sich ein Arbeiter, der für den Kommunismus eintritt, auf seiner Arbeitstelle etwas zu schanden kommen ließe, was gegen das bürgerliche — Gesetz verstößt. So es aber ein Agitationsredner und Gemeinderat der Partei ist (wie meinten den großen 100 000-Mark-Steinbruchdiebstahl bei Sparg), gilt die Parole: konsequent totschlagen. Hier war keine familiäre Art die Driebeiber zur Tat (wenn wir auch solche Fälle niemals billigen). Aber was gedanken nur die Bergwachtsschreiber zu tun, um ihre geborene SPD-„Säule“ wieder zu stabilisieren? Wir wissen, daß es an dem nötigen Reim nicht gebricht. Aber in Landeshut diese „Säule“ nochmals anzustellen, wird nicht mehr gut gehen.

Arbeiter von Landeshut! Die SPD. behält in ihrer Mitglieder-Versammlung, die unmarxistischen Kommunisten nicht mehr zu berühren, da obigen Fall erkennen ihr diese Moralpredigen in Mühseligkeit.

Die Sozialdemokratie als Verbündete der Organisationsorganisation. Im letzten Wahlvereinsbericht der Sozialdemokratie, in der der neue zweite Bürgermeister als Genosse sich einführt, wird der SPD. Kampfer Kampf angekündigt. Bis jetzt habe die SPD. nur durch die Konzeptionen der SPD. gelebt. Nun, und ist nicht das geringste von solchen Konzeptionen, sondern es wurde schon jetzt mit den Konzeptionen Mühselig gegen uns gekämpft. Gellen die noch übertrieben werden, dann kann sich nur noch Organisationsorganisation beteiligen handeln. Es kann nur der SPD. nützen, wenn der Kampf von der SPD. noch längere Formen in einer Zeit ausmacht, in der die gesamte Arbeiterklasse im schlimmsten Elend zu verfallen droht, und die SPD. nichts Besseres zu tun gewohnt, als den treuesten Helfern aus Not und Elend den Sockel zu waschen. Die SPD. braucht diesen Kampf nicht zu fürchten, sie ist stets kampfbereit, also, wenn ein Kampfzeitung genügt ist, nur bereit.

Doppel.

Mitglieder-Versammlung.

Zeit langer Zeit veranfaßte wieder am letzten Montag der hiesige Mitglieder-Verein eine Mitglieder-Versammlung in der „Schöpfung“ mit einer reichhaltigen Tagesordnung. An Stelle der erwarteten hochgehenden Stimmführung Herr Kabinell den Vorsitz.

Das einem kurzen, von ihm gehaltenen Überblick über die Fortschritte der Partei in der letzten Zeit erwähnte er dem Redneramt Eigenstand des Wort zu seinem Vortrag über das Reichsfinanzgesetz und seine Auslegung. Der Vortrag fand allgemeine Zustimmung. Nach ihm gab Genosse Eber den Bericht über die bis jetzt geführten Verhandlungen. Aus diesem Bericht ist besonders zu entnehmen, daß die Verhandlungen einmal vor dem Magistrat und einmal vor der Regierung führten, weil die Forderung der Besetzung in Ratteln ausblieb. Gellert die letzte, vom Magistrat angeordnete Verhandlung über das Reichsfinanzgesetz wurde wegen zu hoher Forderung vom Regierungspräsidenten abgelehnt. Die Verhandlungen sind demnach auf dem letzten

Punkt angelangt. Den Mitgliedern des Vereins wurde gesagt, sobald ein positives Ergebnis vorhanden sei, sie geeignete Nachrichten erhalten. Zur Abhaltung gelangten und wurden angenommen die Erhöhung des vierteljährlichen Beitrages auf 15 Mf. und eine scharfe Resolution gegen die Tätigkeit des Mietseingangsamtes.

Neustadt OS.

Kommunistenbörse in der Schule. Wie die reaktionären Lehrer ihre Stellung dazu denken, die Arbeiterkinder geistig zu vergiften, zeigt sich wieder einmal kraft an folgendem Beispiel: Der Lehrer Gutschke von der katholischen Mädchenschule 2 nahm die Hakenkreuzerverammlung und die Unruhen in Berlin zum Anlaß, in wüster Weise gegen die Kommunisten zu Felde zu ziehen. Er erzählte den Kindern, in Berlin hätten Krawalle stattgefunden. Da seien die bösen Kommunisten gekommen, hätten die Ordnung gestört und drei von den Ordnungshütern erschossen. „Die Lampen von Kommunisten verdienen über den Haufen geschossen zu werden, denn sie wollen alles stürzen und sich selbst oben auf setzen. Die ehrlichen Leute wollen ehrliche Minister.“ In diesem Tone ging es die ganze Stunde fort. Der deutschnationale Held hat gelehrt, was er ist. Wir erwarten, daß sich die Oberschulbehörde dazu äußert. — Arbeitereltern, wollt Ihr solchen Erziehern Eure Kinder in die Hände geben? Wollt Ihr, daß sie zu Streikbrechern und Weggärdisten erzogen werden? Das kann nicht Euer Wille sein! Darum nehmt Eure Kinder wenigstens aus dem Religionsunterricht. Sorgt dafür, daß sie in eurem Geiste, im proletarischen Sinne, erzogen werden.

Briefkasten.

Konradsthal. Den Artikel „Ein Wort zur Finanzierung des Reichs-Betriebsräte-Kongresses können wir aus politischen Gründen nicht veröffentlichen.“

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlessen)

Bezirksleitung

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Fernsprecher Ring 8837.

Adresse: Alfred Oelzner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Oelzner.

Bildungsabend. Am Montag, den 30. Oktober, in Breslau, im Lokal Bratizlavica, Mauriusplatz, abends pünktlich 7 Uhr. Dazu müssen erscheinen sämtliche Bezirksleitungsmitglieder, alle in Breslau wohnenden Referenten, sowie alle von der Bezirksleitung geladenen Genossen. Freiwillig können alle Parteimitglieder an den Bildungsabenden teilnehmen.

Kommunale Beratungsstelle. Mittwoch, 1. November, abends 7 Uhr wichtige Sitzung im Parteibüro.

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Elysester Kofanek Breslau.

Bezirk West (umfassend die Distrikte 2, 3, 4 und 5). Am Montag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Wilhelm Sacher, Leuthenstraße 14, Ecke Silberbrandstraße, eine offene Abteilungsversammlung statt. Thema: „Der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus.“ Referent anwesend. Sämtliche Genossen und Genossinnen des Bezirks haben unbedingt und pünktlich zu erscheinen. Sympathisierende und Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ herzlich willkommen.

Arbeiterhilfskomitee für Sowjetrußland. Am Montag müssen die Distrikte Platate für den Filmvortrag über Sowjetrußland abholen.

Genossinnen! Montag um 3 Uhr nachmittags müssen die Handzettel für den Vortrag, der am 31. Oktober um 4 Uhr bei Hilbig stattfindet, abgeholt werden.

„Wie kann die Frau ihr Glück gewinnen.“ Darüber findet am Dienstag, den 31. Oktober, um 4 Uhr nachmittags bei Hilbig, Fischerstraße 24 (früher Neuferts Brauerei), ein Vortrag statt.

Agitationskreis Striegau. Kreisleiter: August Weimann Striegau.

Dienstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Buchwald wichtige Mitglieder-Versammlung. Im Anschluß die beschlossene Funktionärssitzung. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Agitationskreis Waldenburg. Kreisleiter: August Weimann Waldenburg.

Oberes und unteres Revier. Mittwoch, den 1. November, abends 6 Uhr im „Schützenhaus“ Waldenburg versammeln sich sämtliche kommunistischen Kartelldelegierten. Erscheinen ist Parteipflicht.

Kommunistische Jugend.

Bezirksleitung: Mag. Gläser, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto: Breslau 875 95 Mag. Gläser.

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Gottfried Hoffmann Breslau, Nischenstraße 30.

Montag, den 30. Oktober 1922, pünktlich 7 Uhr im Lokal „Roter Löwe“, Kupferknechtstraße. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Jugendgenossen (in) zu erscheinen. Tagesordnung wird beizugegeben.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Gräf; Inserate: Max Jäger. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Produktion Schlessen, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Liebig-Theater. Zeltgarten

Halte mich bei Bedarf von
Täglich 7 1/2 Uhr.
Das große
Oktober-
Programm
Täglich 8 Uhr
Das große
Variété-Programm
Kolonial- und
Rauwaren
sowie Gemüse
bestens empfohlen
Fritz Saller
Waldenburg, Scheller

Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland / Ortskomitee Breslau

Donnerstag, 2. November, abends 8 Uhr in den „Zentralballsälen“, Westendstraße 50/52

Film-Vortrag

„Sowjet-Rußland und die Hunger-Katastrophe an der Wolga“

Eintrittspreis: Erwachsene 15 M., Jugendliche und Kinder 6,25 M.

Der Vortrag ist den Waldkämpfern Russlands gewidmet.

Die Genossen werden ersucht, die Karten von Montag, den 30. Oktober 1922, ab im Parteibüro, Nikolaistraße, abgeholt.